



Ideen für Razlog

Konkrete Vorschläge, die die Teilnehmenden während und nach dem interkulturellen inklusiven Treffen in Razlog sammelten, wie die bulgarische Stadt Razlog lebenswerter gestaltet werden könnte

Gemeinsam Europa gestalten

Да сътворим Европа заедно

EU-Projekt „Gemeinsam Europa gestalten“

gefördert durch „Erasmus+“ im Bereich „Strategische Partnerschaften“

Initiator:
EU-Projektgruppe „Wir für uns in Europa“

Projektpartner in Bulgarien:
Stiftung „Das Feuer des Orpheus“

Nähere Informationen zum Projekt unter:
europagemeinsam.wordpress.com und
evropazaedno.wordpress.com

Initiator
Инициатор



Wir für uns in Europa

Partner
Партньор



Kooperationspartner vor Ort
Кооперационни партньори



Förderer
финансова подкрепа



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Erasmus+

Ausgangspunkt: Eine Stadt funktioniert am besten, wenn alle sich beteiligen. Bürger und Bürgerinnen sind Experten in eigener Sache und wissen, „wo der Schuh drückt“.

- Bürgerinnen und Bürger wissen selbst am besten, was ihre eigene Stadt noch lebenswerter machen könnte. Deshalb müssen sie mit ihren Anregungen und Wünschen ernst genommen werden.
- Ratsam ist die Einrichtung eines „Bürgerbüros“ und/oder einer Bürgersprechstunde, die als erste Anlaufstelle des Bürgers fungiert. Davon profitiert sowohl der Bürger selbst als auch die Stadt: Der Bürger fühlt sich einerseits von der Kommune mit seinen Problemen ernst genommen, andererseits gewinnt die Stadt wertvolle Erkenntnisse darüber, was die Bürger bewegt.
- Einbeziehung von Beiräten/sachkundigen Bürgern in Ratssitzungen: Auch engagierte Politiker können nicht auf allen Gebieten Experten sein. Wenn Ratssitzungen aber auch Bürgern mit ausgewiesener Expertise offen stehen, können diese am Diskussions- und Abwägungsprozess teilnehmen und ihr Wissen kann zu Gunsten der Gemeinschaft genutzt werden. So kann das Potential der Kommune weitaus umfassender genutzt werden.
- Insoweit solche Beteiligungsmöglichkeiten noch nicht bekannt sind, muss die Stadt ihre Bürger aktiv dazu auffordern, sich sozial zu engagieren. Die Bürger müssen spüren, dass ihre Mitwirkung an der Entwicklung von Stadt und Gemeinschaft wirklich gewünscht ist. Außerdem soll die Kommune die jungen Menschen auffordern, an Freiwilligenarbeit teilzunehmen.
- Förderung einer konstruktiven Streitkultur im Stadtrat. Es liegt in der Natur der Sache jeder Debatte, dass gerade bei kontrovers diskutierten Themen zum Schluss nicht jede einzelne Meinung vollkommen oder auch nur teilweise berücksichtigt werden kann. Trotzdem spielt hier die Wertschätzung, die man jeder einzelnen Meinung gegenüberbringt, eine entscheidende Rolle, da sie die Diskussion um eine Facette bereichert hat, selbst wenn sie in der Abwägung gegenüber anderen Argumenten unterlegen war.
- Die Stadt sollte dringend den Kontakt zu schon bestehenden Vereinen und Einrichtungen suchen und diese auch nach Kräften unterstützen. Hier kann etwa der Verein “Chance” repräsentativ für andere Organisationen in Razlog stehen: Oftmals wurde hier schon über Jahre sehr wertvolle Arbeit geleistet und Wissen und Erfahrungen wurden akkumuliert. Im Zuge der Zusammenarbeit bietet sich für die Stadt die Chance, auf diesen wertvollen Erfahrungspool zurückzugreifen.
- Im Verein "Chance" haben wir kleine Geschwister erlebt, die sofort jedem ans Herz gewachsen waren. Wir mussten jedoch erfahren, dass sie ein paar Tage nach unserer Abreise getrennt und auf verschiedene Einrichtungen verteilt wurden. Es sollte eine Klausel geben, dass Familienangehörige nach Möglichkeit zusammen bleiben sollten. Zumindest sollte in unserem Fall der Verein selber darüber bestimmen können – zum Wohle ihrer Schutzbefohlenen.



Initiator
Инициатор



Wir für uns in Europa

Partner
Партньор



Kooperationspartner vor Ort
Кооперационни партньори



Förderer
финансова подкрепа

Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



- Die öffentlichen Gebäude wie das Kulturzentrum, das Jugendzentrum und das Museum sollten barrierefrei für Menschen mit Behinderung konstruiert werden. Außerdem soll die Verkehrsinfrastruktur verbessert werden. Zwar sind die meisten Straßen mit speziellen Wegen ausgerüstet, aber die Rollstuhlfahrer können wegen der Löcher und des unebenen Straßenbelags immer noch nicht ohne Begleiter durch die Stadt fahren. Dazu kommen noch die Baustellen, die besser abgesichert werden müssten, d.h. mit erkennbaren Warnzeichen und Sicherheitsabsperungen. Die Bürgersteige sollten auch barrierefrei gestaltet werden. Die Straßenbeleuchtung sollte gleichmäßig gestaltet werden und das Wichtigste ist, dass alle Lampen funktionstüchtig sind.
- Die alten, fast zerstörten und verlassenen Häuser sollten renoviert werden und könnten Menschen mit Behinderung für Freizeiteinrichtungen zur Verfügung stehen. Eine Idee ist es, eine Bibliothek und/oder einen Computersaal zu errichten. Auf diese Weise könnten alle, die ihre Computerkenntnisse ausbauen wollen, hier geschult werden. Aber das sollte durch den Staat finanziert werden und für die Einzelnen ganz kostenlos sein.
- In der Stadt sollten bedarfsgerechte Arbeitsplätze für alle Menschen gewährleistet werden – unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Behinderung sind. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung muss eines der Hauptziele der Regierung sein.
- Wie wählen Menschen mit Behinderung? Briefwahl? Kann man auch online Behördengänge absolvieren? Wenn nicht, wäre das ein gewaltiger Beitrag zur Barrierefreiheit.
- Die Kommune soll großen Wert auf die Familien mit Angehörigen mit Behinderung legen, die nicht nur finanzielle, sondern auch physische und psychische Unterstützung brauchen. D.h., die Kommune sollte für die Unterstützung dieser Familien qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, die diese Familien in der Pflege ihrer Angehörigen unterstützen.
- Wenn es die notwendigen Voraussetzungen gibt, könnte auch das Freizeitangebot – Hallenbäder, Theater, Sommerkino – erweitert werden.

Wenn Bürger sich beteiligen, sollte auch Transparenz gewährleistet werden.

- Zum Beispiel könnten die Wünsche/Anträge der Bürger (anonym) veröffentlicht werden, damit Interessengruppen/Behörden keine "unliebsamen" Bürgerideen "totschweigen" können. Das könnte als Themen-Hitliste geschehen (so kann jeder sehen, was die Bürger besonders bewegt) – mit moderner Software sollte dies möglich sein. Diese Themen müssen vom Rat regelmäßig öffentlich beraten werden.
- Ein Gremium wie die KIB (Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen der Stadt Münster) soll die Interessen von Betroffenen im Rat der Stadt vertreten und Abstimmungsrecht haben.



Initiator
Инициатор



Partner
Партнер

Kooperationspartner vor Ort
Кооперационни партньори



Förderer
финансова подкрепа



- Gleiches könnte vielleicht auch für private Sozialdienstleister (wie Verein "Chance") gelten, denn diese leisten auch einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und sollten zumindest im Rat öffentlich gehört werden.
- Soziale Aktivitäten zu fördern und zu bürgerschaftlichem Engagement aufzurufen ist eine gute Sache. Wenn die Politik aber zudem regelmäßig die besten zehn bürgerschaftlichen Initiativen auszeichnet (dazu braucht man fast kein Kapital), so zeigt sie echte Wertschätzung und macht zudem auch PR! Hier könnte man unterscheiden zwischen Initiativen, die von Unternehmen ausgehen und solchen, die von Privatpersonen/Vereinen geleistet werden.
- Die Stadt könnte helfen, Mikrokredite für soziale Initiativen zu vermitteln und darüber regelmäßig berichten: "Razlog für Razlog".



Initiator
Инициатор



Wir für uns in Europa

Partner
Партньор



Kooperationspartner vor Ort
Кооперационни партньори



Förderer
финансова подкрепа



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Erasmus+